ZECK

Das Info aus der Flora

Nummer 17, August 1993

kost nix

Inhalt:

Das Info aus der Flora

ZECK Nummer 17, August 1993

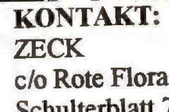
Im Zeck-Ordner in der Floravokü sind diesen Monat folgende Texte hinterlegt worden :

- Protokoll von der Informations- und Diskussions veranstaltung zur imperialistischen Kriegspolitik und zur Situation in Jugoslawien vom 24.6.93

- ein Text über Erfahrungen von Leuten (u.a.) aus der Hamburger Vorbereitungsgruppe für den Tag X in Bonn und den Erfahrungen dort mit einer Einschätzung(veröffentlicht in der Ohm Nr. 10)

Inhalt

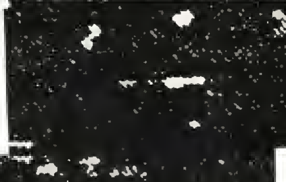
FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202



KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg



Die Öffentlichmachung des Faschisten Henry Fiebig durch eine Kundgebung vor seinem Haus in den Sozialbauten hinter der Roten Flora (s. ZECK Nr. 16) hat einen regen Diskussions- und Initiativverlauf angestoßen. Vor allem aus der Kritik heraus, die BewohnerInnen aus den umliegenden Häusern nicht genügend in die Aktion miteinbezogen zu haben, wurde am 1.7. zu einem Nachbarschaftstreffen in die Flora eingeladen. Es kamen ca. 20 Menschen aus dem Schanzenviertel, die schnell das Gespräch über die Aktion, den Faschisten in ihrer Nachbarschaft und ihre Ängste als auch Wut fanden. Dabei kam auch die Kritik auf den Tisch, daß es nun ja eigentlich die BewohnerInnen der Sozialbauten seien, die möglichen Racheakten sehr direkt ausgesetzt wären. Direkt nach der Kundgebung initiierten die BewohnerInnen nämlich eine Unterschriftenliste, die an die GWG (Wohnungseigentümerin) mit der Aufforderung, Fiebig fristlos zu kündigen, geschickt wurde. Die GWG hat Fiebig nun auch gekündigt, er hat jedoch Widerspruch dagegen eingelegt und wohnt noch immer in seiner Wohnung. Sämtliche Teilnehmende des Treffens waren sich einig, daß es mehr als unangenehm ist, in solch einer Nähe mit so einem Schwein zu wohnen. Wie aber gegen ihn vorzugehen ist, konnte an diesem Abend noch nicht geklärt werden. Was jedoch sehr schnell klar wurde war, daß die AnwohnerInnen die Möglichkeit auf so einem Treffen sich mal auszutauschen über Meinungen, Befürchtungen und Ideen, äußerst positiv fanden und das Bedürfniss hatten, daraus eine mehr oder weniger regelmäßige Institution zu machen.
So gab es dann am 15.7. ein zweites Treffen, auf dem dann schon konkreter geredet wurde über z.B. Flugblätter, Bericht im Fernsehen nach unseren Bedingungen und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit, sowie Schutz durch Telefonketten, die z.B: auch mit der der Gewerbetreibenden vernetzt werden könnte.
Motivation der meisten Leute war auch außerhalb des Schanzenviertels Leuten zu zeigen, daß es möglich ist, sich gegen Faschisten zu wehren und natürlich einen größtmöglichen Schutz aller Betroffenen zu erreichen.





WOLGFANG GRAMS

ERMORDET!

Am 27. Juni 1993 wurde Wolfgang Grams von GSG-9-Bullen in Bad Kleinen regelrecht exekutiert. Durch eine unglaubliche Mischung aus Nachrichtensperre und Falschinformationen versuchen Bullen und Justiz den gezielten Mord als Einsatzpanne darzustellen. Die Ermordung von Wolfgang Grams ist jedoch kein Einzelfall in der Geschichte der BRD, sondern steht in einer Reihe mit der Ermordung von GenossInnen in den letzten 20 Jahren (Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Ulrich Wessel, Philipp Werner Sauber, Ulrike Meinhof, Wilfried Böse, Andreas Baader, Jan.Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Willy-Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth van Dyck und jetzt Wolfgang Grams). Linke Opposition ist zum Abschuß freigegeben - ganz legal und ohne Konsequenzen für die Verantwortlichen. Die Arbeitsteilung im "neuen Deutschland": Der Staat lässt Faschisten morden - AusländerInnen, Behinderte, Minderheiten, Linke. Da, wo die Männer fürs Grobe nicht ausreichen, legen die Staatschutzorgane selber Hand an, um mit gezielten Exekutionen jede Art von Opposition zu zerschlagen und zu ermorden.

Freiheit für Birgit Hogefeld.
Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand.
Auflösung der GSG 9 und Abschaffung aller Sondereinheiten der Polizei.
Niemand wird vergessen -
nichts wird vergeben.



Über die Liquidationsphilosophie
dieses Staates

Am 27.Juni 1993 wurde Wolfgang Grams in Bad Kleinen durch GSG-9-Beamte beim Versuch ihn festzunehmen, erschossen - und alle bisher bekannt gewordenen Fakten sprechen dafür, daß Wolfgang Grams durch einen GSG-Beamten mit mindestens einem unmittelbaren Nahschuß exekutiert wurde. Damit hat die Todesschußfahndung der 70er Jahre ihren Fortgang genommen, der zwischen 1971 und 1979 Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißenbecker, Werner Sauber, Willy Peter Stoll, Michael Knoll und Elisabeth van Dyck zum Opfer fielen. In allen Fällen war ein Todesschuß offensichtlich von vorneherein beabsichtigt und Teil des 'Festnahmekonzeptes', wie folgende Beispiele zeigen:

Am 6.9.1978 wurde Willy Peter Stoll bei seiner 'Festnahme' erschossen. Zwei Beamte feuerten mindestens viermal auf ihn. Später ließ sich nicht mehr klären, wie oft geschossen wurde, ob versucht wurde, Stoll zu entwaffnen und ob er überhaupt nur versucht hat, zu seiner Waffe zu greifen.

Am 9.6.1979 wurde Rolf Heißler in einer vorbereiteten Aktion beim Betreten einer Wohnung festgenommen. Dabei schoß ein Polizist Heißler **ohne** Vorwarnung und ohne daß dieser den Versuch gemacht hätte, seine Waffe zu ziehen, gezielt in den Kopf. Heißler überlebte.

Die Ereignisse von Bad Kleinen reihen sich nahtlos ein in die mörderische Praxis polizeilicher Spezialkommandos gegenüber vermuteten und tatsächlichen Mitgliedern der RAF. Und diese Praxis nimmt in Kauf, daß sehr wohl auch unbeteiligte Personen ins tödliche Visier der Fahnder geraten:

Im Juli 1972 stürmte die Polizei in Stuttgart die Wohnung des schottischen Geschäftsmanns Ian Mac Leod und tötete den unbekleideten und unbewaffneten Mann in seinem Schlafzimmer durch einen Maschinenpistolenschuß in den Rücken. Der polizeiliche Täter wurde nicht belangt, da er in der Annahme, einen gesuchten Terroristen vor sich zu haben, in Notwehr gehandelt habe, wie später das Landgericht Stuttgart in seiner Einstellungsverfügung ausführte.

Im Mai 1974 wurde der Taxifahrer Günter Jendrian durch Polizisten in seiner Wohnung erschossen. Das beteiligte MEK sei davon ausgegangen, den gesuchten Roland Otto vor sich zu haben; daher sei der Schußwaffeneinsatz gegen den unbewaffneten Jendrian Notwehr gewesen, erklärte auch in diesem Fall die zuständige Staatsanwaltschaft.

So gesehen haben die im Zuge der Aktion in Bad Kleinen festgenommenen Menschen (Haudurchsuchungen in Wiesbaden, Frankfurt, Kiel, Gelsenkirchen und Dortmund) Glück gehabt: Sie haben diese Festnahme wenigstens überlebt, wenn auch ein Mann, dessen Wagen auf der Autobahn durch ein dortmunder SEK mit drei Wagen gerammt und gestoppt wurde, mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus mußte. Daß alle nichts, aber auch gar nichts mit der RAF zu tun hatten, ist nicht das Problem der Sicherheitsbehörden. Denn die haben seit dem 27. Juni ganz andere... zum ersten Mal nämlich hat sich staatliches Morden gegen Mitglieder der RAF in aller Öffentlichkeit abgespielt und im Gegensatz zu früheren Szenarien fällt so das dreiste Lügen schwerer als in der guten alten Zeit: Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner und Siegurd Debus konnten hinter verschlossenen Gefängnismauern durch unterlassene Hilfeleistung und vorsätzliche ärztliche **Nicht**versorgung getötet werden.

Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert hingegen mußten zwar 'direkt' umgebracht werden, doch die offensichtlichen Hinweise auf das staatliche Morden konnten durch die offiziellen Stellen kaschiert werden und einer Öffentlichkeit, die es so glauben wollte, erklären, daß es sich um Selbstmorde handele. Die Art und Weise, wie dabei gelogen, verdeht und manipuliert wurde, läßt für die Aufklärung der Todesumstände von Wolfgang Grams nichts gutes hoffen; daher soll an dieser Stelle auch nochmal auf die konkreten Widersprüche und Fragen, die sich aus den Ereignissen in Stammheim 1976 und 1977 ergeben, zusammengefaßt werden.

Grundsätzlich dies: niemand kann von außen und aus der zeitlichen Distanz behaupten, 1976 und 1977 sind mit 100% -Sicherheit in Stammheim Morde geschehen; doch aus dem politischen Klima des deutschen Herbst, der Liquidationsphilosophie der Sicherheitsbehörden (Todesschußfahndung, s.o.) und den bestehenden faktischen Widersprüchen gegen die Version vom Selbstmord in Stammheim muß von Morden ausgegangen werden. Und dies eben erst recht, wenn staatliche Stellen nicht aufklären, sondern verschleiern - nur: mit Mythen läßt es sich zwar bequem leben, doch sie dürfen nicht zur Ersatzreligion verkommen...

Als am Morgen des 9.Mai 1976 Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle vorgefunden wurde, verbreitete bereits zwei Stunden später dpa die Meldung vom Selbstmord - ein Befund, der sich durch die Fakten keineswegs bestätigen ließ:
Die Schlinge, mit der sich Ulrike Meinhof erhängt haben soll, war viel zu groß, als daß sie sich damit hätte erhängen können. Tatsächlich hätte ihr Kopf bei Eintreten der Bewußtlosigkeit aus der Schlinge rutschen müssen. Außerdem war die Schlinge (ein Anstaltshandtuch) der ruckartigen Belastung eines Erhängens gar nicht gewachsen.
Der Tod ist nicht durch einen Genickbruch eingetreten, sondern durch Ersticken. Die dafür typischen Symptome bei Erhängen (Blauverfärbung des Gesichts, etc) fehlten aber völlig. Stattdessen sprach der Obduktionsbefund eher für die Möglichkeit, daß Ulrike Meinhof erdrosselt wurde.
Die einzige Untersuchung, die hätte klären können, ob Ulrike Meinhof sich erhängt hat oder eben doch schon tot in die Schlinge gehängt wurde - ein sogenannter Histamintest - wurde nicht durchgeführt.
Die Stellung des toten Körpers sprach gegen die erfahrungsgemäße nach einem Erhängen - vielmehr war der Körper, der sich beim Auffinden im Zustand der Starre befand, mit Hilfe des Beines und eines Stuhles wie fixiert (um nicht aus der zu großen Schlinge zu rutschen...?).
Dazu kamen noch eine ganze Reihe weiterer Indizien, die die Mordhypothese sehr wahrscheinlich machen. Als im Oktober 1977 dann Baader, Ensslin und Raspe morgens tot in ihren Zellen gefunden wurden, wurde wie bereits im Jahr zuvor alles unternommen, um eine wirkliche Klärung der Tatsachen zu verhindern. Angeblich sollen sich alle drei Gefangenen, nachdem die entführte Lufthansamaschine durch die GSG-9 gestürmt worden war, und die Nachricht kurz nach Mitternacht über die Sender ging, selbst umgebracht haben.
Um diese Version des Selbstmordmotivs zu untermauern, wäre es sicherlich im Interesse der staatlichen Stellen gewesen, den genauen Todeszeitpunkt zu bestimmen. Doch nach Aussage der beteiligten Gerichtsmediziner (die nun nicht gerade im Verdacht der kritischen Unvorgenommenheit stehen) ist genau das bis zum frühen Abend verzögert worden, so daß eine genaue und präzise Todeszeitbestimmung nicht mehr möglich war. Unabhängige Gutachter kamen jedenfalls zum Schluß, daß es plausible Hinweise gibt, daß der Tod **vor** der Verbreitung der Nachricht über die 'erfolgreiche' GSG-9-Aktion liegen könnte und damit das Selbstmordmotiv entfallen würde.

Niemand hat bis heute eine nachvollziehbare Darstellung, wie nun die Waffen, mit denen sich Baader und Raspe umgebracht haben sollen, in die Zellen gelangt sein sollen. Wie die Rechtsanwälte, die selbst durchsucht wurden, die Waffen unbemerkt übergeben haben sollen und dann die Gefangenen diese unbemerkt im Geleit mit mindestens zwei Schließern in die Zelle geschmuggelt , und schließlich in Aussparungen der Mauer eingegipst haben sollen (ohne daß solche Spuren später an den Waffen gefunden worden wären), bleibt ein Rätsel der Sicherheitsorgane des am perfektesten gesicherten Gefängnisses der BRD.
Der Linkshänder Andreas Baader soll die Waffe mit der rechten Hand gehalten haben, an der wurden Reste von Schmauchspuren gefunden. Spezielle Untersuchungen der Schußwunde am Hinterkopf ergaben später, daß der Schuß aus ca. 30-40 cm Entfernung abgegeben wurde - da die Waffe selbst schon 17 cm maß, eine akrobatische Leistung, deren Sinn im Falle eines Selbstmordes sinnlos gewesen wäre. Schließlich wurde sogar die Annahme eines mitverwandten Schalldämpfers vertreten - der wurde aber nie in der Zelle von Baader gefunden.

Jan Carl Raspe hatte sich sogar nach der offiziellen Selbstmordversion offenbar die Mühe gemacht, die Fingerabdrücke an seiner Waffe zu beseitigen: jedenfalls waren an der Waffe, die er sogar noch beim Auffinden in der Hand gehalten hatte (ein Beleg dafür, daß er sich gar nicht selbst umgebracht haben kann, da die Waffe sonst aus der Hand gefallen wäre), keine Fingerabdrücke festzustellen. Angeblich soll das eigene Blut diese 'weggespült' haben - aber Blutspuren sind an der Waffe gar keine festzustellen gewesen...

Gudrun Ensslin soll sich mit dem Kabel ihres Plattenspielers erhängt haben - beim Abnehmen der Leiche ist es gerissen. Auch hier stellt sich die Frage, ob es den Belastungen einer Erhängungssituation gewachsen gewesen wäre. Niemand weiß, wie Ensslin sich überhaupt erhängt haben soll: die entdeckenden Beamten bestreiten die Existenz eines Stuhls; der ist aber später in der 'Zelle' aufgetaucht, denn ohne diesen Stuhl hätte es überhaupt keine Möglichkeit gegeben, sich zu erhängen. Dazu wurden bei der Obduktion am Körper von Gudrun Ensslin zahlreiche Verletzungen festgestellt, die nicht aus dem möglichen Todeskrampf beim angeblichen Erhängen stammen können, zB eine Verletzung oberhalb der Nase, an den Handgelenken, Oberschenkeln und in der Leistengegend.

Natürlich wurde auch bei Gudrun Ensslin kein Histamintest gemacht, wie schon bei Ulrike Meinhof nicht. Nie ernsthaft geklärt wurde die Frage, wer wann und wie oft einen separaten Zugang zum 7. Stock des stammheimer Traktes genutzt hat, der für die Gefängnisbediensteten nicht einsehbar und ohne weiteres kontrollierbar war, auch nicht in der Todesnacht der drei Gefangenen.

Am 12.11.1977 wurde Ingrid Schubert erhängt in ihrer Zelle in München-Stadelheim vorgefunden: noch am Nachmittag war sie überraschend in die spätere Todeszelle verlegt worden, die in einem zentralen Zugangsbereich der Anstalt mit zwei Türen als Zugangsmöglichkeit lag. Sie soll sich mit einem selbst aus Baumwolltüchern zusammengesetzten Strick erhängt haben. An ihrer Kleidung waren jedoch keine Baumwollfaserreste nachzuweisen, aus dem Strick ließ sich gar kein zusammenhängender Stoff rekonstruieren, ohne daß diese fehlenden Reste in der Zelle gefunden worden wären. Darüberhinaus bestätigte sogar die Anstaltsärztin, daß sie keine Suizidabsichten bei Ingrid Schubert feststellen konnte...

Dieser Blick in die neuere Geschichte der BRD-Repressionsorgane zeigt, daß wir auch im Falle der Ermordung von Wolfgang Grams nicht damit zu rechnen brauchen, daß irgendwann einmal das 'auf den Tisch' kommt, was eigentlich doch jetzt schon alle wissen: Mitglieder des Staatssicherheitsapparates richten schon mal in eigener Regie mangels formalrechtlicher Grundlage Menschen hin. Der Deckung aus (innen)politischen Kreisen dürfen sie sich sicher sein. Und erst recht dann, wenn ihre Opfer weniger 'prominent' sind, bzw. 'nur' einfache Kriminelle, die in der Dunkelheit eben die falsche Bewegung gemacht haben.



Irmgard Möller

Irmgard Möller ist seit 1972 Gefangene aus der RAF. Sie wurde wegen Aktionen der RAF gegen den Krieg in Vietnam zu lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt. Das Urteil beruhte allein auf der Aussage eines ehemaligen RAF-Angehörigen, der nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen war und sich als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hatte. Sie ist die einzige Überlebende der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 in Stammheim, in der Jan-Carl-Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader tot aufgefunden wurden. Irmgard Möller überlebte durch Messerstiche schwer verletzt. Vor dem Hintergrund der Hinrichtung von Wolfgang Grams, müssen wir die Fragen nach Stammheim, nach der Erschießung von Elisabeth van Dyck, Willi-Peter Stoll und anderen Genossinnen und Genossen neu stellen: Irmgard Möller hat entgegen der staatlichen Version immer erklärt, daß die Gefangenen keinen Selbstmord begangen haben. Seit 1980 ist sie in einer Kleingruppe mit weiteren Frauen aus der Guerilla in Lübeck inhaftiert. 1987 lehnte das Gericht die gesetzlich mögliche bedingte Freilassung (nach 15 Jahren Haft) ab, weil sie sich nicht vom revolutionärem Kampf distanziert und ihre politische Identität bewahrt hat. Irmgard Möller erwartet eine erneute Überprüfung der Haftdauer, die sie 1992 beantragt hatte, über die bis heute jedoch nicht entschieden wurde. Alle anderen politischen Gefangenen, die diese Anhörung beantragt haben, sind nicht rausgelassen worden. Weil sie sich nicht vom revolutionärem Kampf distanziert und sich auch nicht unter Druck setzen lässt, die Wahrheit über die Nacht in Stammheim zu verschweigen, gehen wir davon aus, daß der Staat in dieser Situation alles tun wird, um Irmgard nicht freizulassen. Gegen diese Logik der Vernichtung müssen wir Druck entwickeln!

Sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!

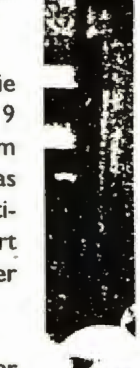
Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen!

Zusammenlegung der politischen Gefangenen mit der Perspektive ihrer Freilassung!

"Mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten"

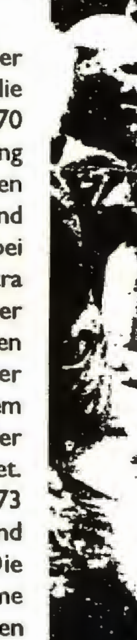
Zur Rolle von GSG 9 und anderen Sonderheiten.

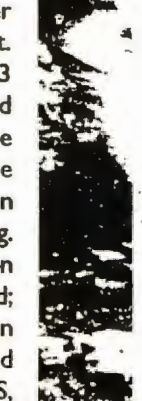
Glaubt mensch an Pressemeldungen, liegt die Stimmung bei der BRD Eliteeinheiteinheit GSG 9 seit der Aktion in Bad Kleinen unter dem Nullpunkt. Kein Wunder, hätten sie sich doch das erste mal seit vielen Jahren wieder als "Anti-Terror-Einheit" präsentieren können. Genährt wurde jedoch lediglich ihr - bisher nur in der Linken verbreiteter - Ruf als Killer-Einheit.





Geschichte der Sondereinheiten: Vorläufer der Sondereinheiten (GSG 9, SEK's) waren die Zielfahndungskommandos, die Anfang 1970 aufgestellt wurden. Diese, speziell zur Fahndung nach Menschen aus der RAF aufgestellten Truppen, zeichneten sich durch den raschen und gezielten Gebrauch ihrer Schußwaffen bei Fahndungs- und Festnahmeaktionen aus. Petra Schelm war die erste, die 1971 bei einer Festnahme erschossen worden ist. Es folgten viele andere. Parallel zum Ausbau der Bundespolizeien, des Grenzschutzes und dem Aufbau der GSG 9 wurden Anfang der 70er Jahre Spezialeinheiten der Länderpolizeien gebildet. Die ersten Sonderkommandos waren 1973 einsatzbereit. Seitdem wurden Ausbildung und Struktur weitgehend einheitlich geregelt. Die Spezialeinheiten sind für gewaltsame Auseinandersetzungen geschult. Zu ihren offiziellen Aufgaben gehören: Bewaffneter Einsatz gegen sog. gewalttätige Straftäter; Durchführung von Festnahmen mit hohem Gefährdungsgrad; verdeckte Schutzmaßnahmen bei polizeilichen Sonderlagen. Zu diesen entsprechend ausgebildeten Spezialeinheiten zählen MEK'S, SEK'S, GSG 9, Präzisionschützenkommandos. Der Aufbau der GSG 9 wurde nach dem blutigen Ende der Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972 in München forciert. Der damalige Bundesinnenminister Genscher: Die GSG 9 müsse "Elitebewußtsein entwickeln" und "mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten", "kampfunfähig schießen ist Quatsch". Die GSG 9 rekrutiert sich vor allem aus Freiwilligen des Bundesgrenzschutzes und Spezialisten des BKA'S.











Dazu paßt, daß der erste GSG 9-Chef Wegener unter anderem in der Zentrale des britischen Geheimdienstes SAS ausgebildet wurde, dessen Sonderkommandos sich rühmen, bei ihren Aktionen keine Gefangenen zu machen. Jeder GSG'ler wird in einem achtmonatigen Sondertraining in Nahkampftechniken, Hochgeschwindigkeits- und speziellen Schießübungen und anschließend noch in

Sprengstoff- und Fernmeldetechniken sowie Luftlandeübungen ausgebildet. Die ca. 200-250 Mann starke Truppe ist mit Hochgeschwindigkeits- und anderen Spezialfahrzeugen, Hubschrauberstaffeln, Nachtsichtgeräte, modernsten Präzisionsgewehren und speziell ausgestatteten Schußwaffen samt Fernlenkmunition usw. ausgerüstet. Ihren bekanntesten Einsatz, aus dem der Mythos "GSG 9" entwickelt wurde, war die Stürmung der Lufthansa-Maschine "Landshut". Ein palästinensisches Kommando hatte im Oktober 1977 dieses Flugzeug gekapert, um in BRD-Isolationshaft als Staatsgeiseln festgehaltene Gefangene aus der RAF und palästinensische Gefangenefreizupressen. Die GSG 9 stürmte damals auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu die "Landshut" und tötete hierbei drei Mitglieder des Befreiungs Kommandos. Seit 77 ist die GSG 9 weitgehend arbeitslos. Seit Jahren wird über neue Arbeitsfelder für die Rambotruppe diskutiert. Zwar wurden zwei RAF Mitglieder - Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt 1982 unter Mitwirkung einer GSG 9 Einheit festgenommen; auch kamen sie sporadisch bei Großdemonstrationen, zum Einsatz, etwa bei Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1985 und 1992 oder gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf.

Ansonsten übernimmt die Truppe immer mehr Aufgaben der sog. "Organisierten Kriminalität": Observation, Festnahme, Lösegeldübergabe. GSG 9 Angehörige werden für hoch rangige Polizeiaufgaben fortgebildet oder als Ausbilder ins Ausland geschickt. So bildete der ehemalige GSG-Kommandeur Wegener 1988 eine Anti-Terror-Einheit in Kuwait aus. 1981, 1983, 1984 und 1986 nahmen Mitglieder türkischer Spezialeinheiten an Ausbildungsveranstaltungen der GSG9 teil. Im September 1987 hat eine Gruppe der Landespolizei aus Georgia/USA an einem vierwöchigen Training bei der GSG9 teilgenommen, insbesondere in Methoden der Terrorismusbekämpfung.

Die Sondereinsatzkommandos der Länder (SEK) rekrutieren sich aus Freiwilligen der Bereitschaftspolizeien. Ihre offizielle Aufgabe lautet " Bekämpfung schwerster Gewaltkriminalität". Die SEK's sind ähnlich strukturiert, trainiert und ausgerüstet wie die GSG9. Schon ihre Ausbildung läßt auf das Einsatzgebiet schließen, aus dem sie uns am besten bekannt sind: als besonders brutale Kommandos bei Demonstrationen oder Häuserräumungen, sei es um der "regulären" Bereitschaftspolizei den Weg freizuprügeln, sei es als Festnahmekommando oder... Die Mobilen Einsatzkommandos (MEK) sind Spezialeinheiten der Kriminalpolizeien der

Länder. Sie haben die Aufgabe, Ansatz- und Anlaufpunkte besonders auch "terroristischer" Gruppen zu beobachten, sowie mögliche Tatorte, Aufenthaltsorte und Treffpunkte zu erkunden. Ihre Hauptaufgabe liegt also im Fahndungs- und Observationsbereich, hierzu gehören auch "verdeckte" Arbeiten, Informationsbeschaffung als V-Leute, Observierung, Telefonabhören. Diese Sondereinheiten des Bundes und der Länder wurden im wesentlichen zur Bekämpfung der Linken in der BRD gegründet und eingesetzt.



Hamburger Flüchtlingspolitik am Beispiel der Wohnschiffe

Am 16. Juni gab die staatliche Pressestelle der Stadt Hamburg einen Bericht mit dem Titel "Erstaufnahmekapazität für Asylbewerber in Hamburg vergrößert durch Austausch eines zweiten Wohnschiffes in Neumühlen" heraus. Dieser Bericht enthält Inormationen über Aufnahmekapazität der Schiffe, tatsächliche Belegung, Art der Unterbringung, sowie erste zahlenmäßige Auswirkungen des neuen Asylverhinderungsgesetzes. Der folgende Artikel soll faktische Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen auf den "Wohnschiffen" in Neumühlen geben und gleichzeitig die Behandlung der dort untergebrachten Menschen bewerten.
Alle Zitate sind aus oben genanntem Bericht entnommem und sind im Folgenden kursiv gedruckt.

Im Hamburger Hafen liegen vier sogenannte "Wohnschiffe" mit insgesamt 2500 Unterbringungsplätzen, die für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Hamburg vorgesehen sind. Ein fünftes Schiff enthält eine sogenannte Notkapazität von weiteren 500 Plätzen.

Alle in Hamburg ankommenden Flüchtlinge müssen direkt nach ihrer Ankunft auf eines der Schiffe. Seit dem 1.4.93, als die erste Stufe des neuen Asyl"verfahrens"gesetzes in Kraft trat, werden die Menschen nun am Tag ihrer Ankunft oder nach höchstens drei Übernachtungen (falls sie an einem Wochenende kommen) nach der geltenden Aufnahmequote (Hamburg 2,6%) in die verschiedenen Bundesländer verschickt.

" Diese gesetzliche Neuregelung hat für Hamburg dazu geführt, daß im April 1993 nur noch 951 und im Mai 700 Asylsuchende in Neumühlen im Rahmen der Regelaufnahme aufgenommen wurden. Im Juni waren es bis einschließlich 11.06.93 259 Personen. Darüberhinaus wurden im Zeitraum vom 1. April bis einschließlich 11. Juni 93 weitere 2.645 Asylsuchende im Rahmen der sogenannten Notaufnahme kurzfristig auf der "Bibby Endeavour" beherbergt. Hierbei handelt es sich um Personen, die außerhalb der Sprechzeiten der Innenbehörde in Hamburg eintrafen bzw. deren Weiterreise in ein anderes Bundesland nicht mehr am Ankunftstag möglich war."
Diese Regelung zeigt nur allzu deutlich worum es im neuen Asylverhinderungsgesetz geht: es geht nicht um Menschen, obwohl über Menschenleben geurteilt wird. Flüchtlinge haben kein Aufenthaltsbestimmungsrecht, welches sogar in der sonst hochgelobten bundesdeutschen Verfassung festgeschrieben ist. Flüchtlinge werden, wenn überhaupt, als Menschen dritter Klasse gehandelt - hier gleicht es jedoch eher der Verschiebung von lästiger Ware. Was zählt sind einzig und allein bürokratisch mathematische Kriterien, die die einzelnen Länder vor einer "Überlastung" schützen sollen. Die Bürohocker aus den Ämtern entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg über deren weiters Leben.

DAS BUNDESAMT FÜR DIE ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER FLÜCHTLINGE (BAFL)

"Nach dem neuen Asylverfahren entscheidet das (...) BAFL, ob ein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" oder "unbeachtlich" einzustufen ist. In diesen Fällen soll das Asylverfahren möglichst innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. Für die Antragssteller besteht die Verpflichtung, bis zu 6 Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten in der Aufnahmeeinrichtung zu wohnen.
Die Entscheidung des BAFL über die Qualität eines Asylantrages bedeutet gleichzeitig eine Entscheidung über die Dauer des Verfahrens. Über offensichtlich unbegründete oder unbeachtliche Anträge soll in einem kurzfristigen Verfahren rechtskräftig entschieden werden. Diese Vorentscheidung hat die Außenstelle des BAFL in Hamburg zwischen dem 01.04.93 und dem 11.06.93 bereits für 80% der seit dem 1.4.93 angekommenen Flüchtlinge getroffen. Danach soll es im Ergebnis nur noch für 15% der Antragssteller ein längerfristiges und für 85% ein kurfristiges Verfahren von wenigen Wochen geben.

Asylbewerber, deren Antrag als begründet eingestuft wird, erwartet ein längeres Asylverfahren. Sie werden von der Erstaufnahmeeinrichtung in eine Gemeinschaftsunterkunft verlegt."
Das heißt im Klartext:
Von den bisher bearbeiteten neuen Asylverfahren, wurden 85% gleich vorab als chancenlos abgeurteilt. Das kommt einem Abschiebebeschluß so gut wie gleich - die Galgenfrist ist das "kurfristige Asylverfahren", welches eigentlich ein Pseudoverfahren ist und ein "Bemühen um Gerechtigkeit" vortäuschen soll.
Nach den oben zitierten Berechnungen scheint die Rechnung der BrandstifterInnen aus Bonn aufzugehen: der Kontroll- und Abschiebeapparat funktioniert so weit, daß zum einen weniger Menschen überhaupt noch in dieses Land gelassen werden, und von denen , die reinkommen lediglich ein ganz geringer Teil überhaupt eine einigermaßen reelle Chance bekommt, sich durch ein "längeres Verfahren" eine Hoffnung auf Asyl erkämpfen zu können.

DIE "WOHNSCHIFFE" IN NEUMÜHLEN

Die Stadt Hamburg bereitet sich mit dem Austausch von "Wohnschiffen" und deren neuer Konzeption auf die fast vollständige Ausgrenzung der dort untergebrachten Menschen von allen anderen HamburgerInnen vor.
Auf dem neuen Schiff ("Floatel Altona") gibt es 650 Unterbringungsplätze
"in zwölf Quadratmeter großen 2-Bett-Kabinen, von denen ein großer Teil mit Verbindungstüren für Familienbelegung ausgestattet ist. Bis zum vollständigen Austausch der Wohnschiffe wird eine Belegung mit ca. 750 Bewohnern erforderlich sein."

Es wird von behördlicher Seite also ohne weiteres eine Überbelegung von 100 Menschen in den sowieso schon winzigen Kabinen eingeplant und in Kauf genommen. Über die Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität der BewohnerInnen der Schiffe wird im zitierten Text keine Silbe gelassen. Dazu kommen die SchreiberInnen des Berichtes erst beim nächsten Part des Textes, in dem es um die neue Konzeption der Betreibung und Betreuung der Schiffe geht. Zu den bisherigen Angestellten auf den Schiffen für Leitung, Büro- und Betriebsarbeit, sowie Sozialarbeit des Landessozialamtes und Kinderbetreuung durch den Arbeiter Samariter Bund werden nun
"erstmals auch Dienststellen des Bezirksamtes Altona untergebracht. Es handelt sich hierbei um Dienststellen des Gesundheits- und Umweltamtes mit 8 Mitarbeiter/innen, sowie des Sozialamtes einschließlich einer Zahlstelle mit 20 Mitarbeiter/innen. Mit dieser Verlagerung bezirklicher Dienststellen auf die "Floatel Altona" werden Sozial- und Gesundheitsamt des Bezirks im Kerngebiet Altona von der Vielzahl der Klient/innen aus dem Kreis der Asylsuchenden entlastet. Die Sozialdienststelle auf der "Floatel Altona" kann in Zukunft die Flüchtlinge hinsichtlich ihrer sozialhilferechtlichen Belange vor Ort betreuen. Diese räumliche Nähe wird sich für die Bewohner sicher positiv auswirken."



Es scheint offensichtlich, welches Kalkül die Stadt Hamburg mit dieser "räumlichen Nähe" verfolgt. Sie bedeutet totale Kontrolle und weitestgehende Isolation. Die BewohnerInnen der Schiffe werden in allen Belangen gleich auf den Schiffen abgehandelt, so daß die offiziellen Gründe für ein Verlassen der Schiffe schrumpfen, die Dienststellen im Bezirk Altona jedoch "entlastet werden". Mit den Worten der IG Große Bergstraße, die ihr zehnseitiges Pamphlet genau diesen reaktionären Forderungen gewidmet hat :"Altona bleibt sauber" (vgl. Artikel ZECK Nr. 16).
Die Schiffe, die unter dem Namen "Wohnschiffe" laufen, werden zu Außenstellen von Behörden gemacht. Der einzige Unterschied besteht darin, daß dort auch noch Menschen reingepfercht werden. Und genau das bringt dann den Namen "Wohnschiffe" mit sich.



Das AsylbewerberInnenleistungsgesetz

"Nach dem Asylverfahrensgesetz sind alle Asylsuchenden verpflichtet, sich auf übertragbare Krankheiten ärztlich untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung beinhaltet neben einer orientierenden ärztlichen Untersuchung eine Röntgenuntersuchung der Lunge, sowie eine Untersuchung von Blut und Stuhl. Sie kann nun, mit Ausnahme der Röntgenuntersuchung, vor Ort in Neumühlen vorgenommen werden."

Diese Zwangsuntersuchung läßt tief in die amtlichen rassistischen Vorurteilswindungen blicken. Welche Unterstellungen einem solchen Zwang zugrunde liegen, soll hier nicht näher ausgeführt werden. Die rassistischen Stereotypen dieser Gesellschaft und ihrer Regierung sind bekannt.



Alles in allem wird deutlich, welche menschenverachtende Herangehensweise die Behörden im Umgang mit Flüchtlingen haben. Was im Vordergrund steht sind immer nur Behörden, Statistiken und Gesetze. Daß es aber hier um Menschen und deren Leben geht, läßt sich aus Texten, wie dem hier zitierten, nun überhaupt nicht ersehen.

In Zeiten allgegenwärtiger und breit akzeptierter rassistischer und faschistischer Hetzte interessieren nur noch die "Erfolgszahlen von der Verringerung des Flüchtlingsstroms in die BRD". Die BRD schottet sich ab vor der von ihr mitproduzierten Armut und degradiert Flüchtlinge zu lästiger Ware, die verwaltet und verschoben wird.

DIESE INTERNIERUNGSSCHIFFE SIND UNMENSCHLICH!!! ABSCHIEBUNG IST MORD!!! WIR FORDERN:

BLEIBERECHT FÜR ALLE!!!

Am 28. 5. 93 ist als Ergänzung zum neuen Asylverfahrensgesetz das Asylbewerberleistungsgesetz (im folgenden ABLG genannt) vom Bundesrat beschlossen worden. Zum 1. 11. 93 tritt es in Kraft für die AsylbewerberInnen, die ihren Asylantrag nach dem November 1992 gestellt haben; längstens soll jedoch 12 Monate nach diesem Gesetz geleistet werden, danach wird normale Sozialhilfe gezahlt. In dem Gesetz ist ein Katalog von Maßnahmen enthalten, die die Leistungen für die AsylbewerberInnen drastisch einschränken. In der Annahme, daß künftig die Asylverfahren innerhalb eines Jahres rechtsgültig abgeschlossen werden können, erhalten AsylbewerberInnen während dieses Zeitraumes keine Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz mehr, sondern:

- Sachleistungen oder Wertgutscheine von mtl. 220 DM bis 360 DM, je nach Alter (bislang zwischen 259 und 517 DM inkl. Taschengeld und abzüglich Energiekosten von 14 bzw. 50 DM)
- zusätzlich wird ein Taschengeld gezahlt von 40 DM für die bis zu 15jährigen, ab 16 Jahre 80 DM mtl. (bis zum Juni 1993 wurden bei Versorgung mit Sachleistungen, z.B. auf den Schiffen in Neumühlen, zwischen 51 und 188 DM Taschengeld bezahlt).

Alle anderen Leistungen, die bislang als einmalige Hilfen zum Lebensunterhalt im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes möglich waren, entfallen, wahrscheinlich ersatzlos. So z.B. die jährlichen Bekleidungspauschalen von 747 DM für Frauen und 607 DM für Männer; so z.B. auch die Hilfen für schwangere Frauen im Gegenwert von ca.



2000 DM. In § 5 regelt das neue Gesetz die Zwangsarbeit für die AsylbewerberInnen, die noch nicht einer der schlecht bezahlten und mit vielen schikanösen Auflagen versehenen Arbeit nachgehen: für einen Stundenlohn von 2 DM sollen sie gezwungen werden, zumindest einige Stunden täglich Arbeiten "zur Aufrechterhaltung und Betreibung" ihres Lagers zu leisten bzw. bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern arbeiten. Lehnen die AsylbewerberInnen diese Arbeiten ab, wird das Taschengeld gekürzt. Von dem so erarbeiteten Geld dürfen die AsylbewerberInnen jedoch max. 264 DM behalten, der Rest wird als Einkommen von den u. g. Leistungen abgezogen. Sonderleistungen nach dem ABLG sind nur vorgesehen zur Deckung "besonderer Bedürfnisse von Kindern" - was immer das heissen mag; ausserdem können Sachleistungen - im Ausnahmefall auch Geldleistungen - gewährt werden für die "Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht", was möglicherweise heißt, daß die AsylbewerberberInnen endlich ihre Fahrtkosten zu vorgeschriebenen Behördengängen erstattet bekommen. Folgerichtig wird mit Inkrafttreten des ABLG der § 120 Bundessozialhilfegesetz dahingehend geändert, daß alle einengenden Spezialvorschriften für AsylbewerberInnen entfallen. Dies bedeutet, daß - haben sie ein Jahr verschärfter Unterversorgung nach dem ABLG hinter sich - Sozialhilfeansprüche wahrgenommen werden können wie alle anderen Ausländer auch, d. h. umfassend, unter der Voraussetzung einer besonders scharfen Bedarfsprüfung. In Hamburg wird das ABLG zum 1. 11. 93 hinsichtlich der Sachleistungen, Wertgutscheine und Zwangsarbeit noch nicht umgesetzt werden können, obwohl die Verwaltung alles tut, um die Umsetzung zu beschleunigen (Verhandlungen mit Groß- und Einzelhandelsverband wegen Belieferung mit Sachleistungen an die Unterkünfte, Verhandlungen mit den staatlichen Betreibern "Pflegen und Wohnen" über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für AsylbewerberInnen usf.). Mit Macht und ungewöhnlicher Eile ist hier ein Gesetz durchgepeitscht worden, dessen Durchführung den Herrschenden völlig unklar ist ausser in einem Punkt: die Ausgaben für die Flüchtlinge werden drastisch gesenkt, der beabsichtigte Abschreckungseffekt in Szene gesetzt. Dies alles eine sinnige Ergänzung zum neuen Asylverfahrensgesetz, das sowieso dem größten Teil der Flüchtlinge den Zutritt zu diesem Land verwehrt.

Die Zahlungen sehen ab 1. 11. 93 dann so aus:

*** 360 DM + 80 DM für den Haushaltsvorstand bzw. alleinstehende Erwachsene**

*** 220 DM + 40 DM für Kinder bis zum 7. Lebensjahr**

*** 310 DM + 40 DM für Kinder von 7 bis 15 Jahre**

*** 310 DM + 80 DM von 15 Jahren an bei Haushaltsangehörigen.**

Von diesen Beträgen werden vermutlich wie bisher von der Sozialhilfe dem Haushaltsvorstand und dem Alleinstehenden 50 DM, allen anderen je 14 DM für Stromkosten abgezogen. Auf den Aufnahmeschiffen, wo schon länger Versorgung mit Sachleistungen betrieben wird, wird ab 1. 11. 93 das gekürzte Taschengeld gezahlt.

•



Westliches Blei am goldenen Horn

zur UN-Intervention in Somalia

SOMALIA

Seit Anfang Dezember 92 sind in Somalia UN-Truppen, hauptsächlich US-amerikanische stationiert.
In den Medien wurde und wird diese Intervention als "humanitäre Hilfsaktion" verkauft, auch wenn bei den sich mehrenden bewaffneten Auseinandersetzungen in den letzten Wochen der wahre Hintergrund für diese Militäraktion immer mehr ersichtlich wird
Dieser Artikel soll zum einen ein bißchen Hintergrundwissen über das Land Somalia vermitteln, zum anderen schwerpunktmäßig versuchen, die Gründe und Interessen der Besatzer, vor allem der USA, bei dem Zugriff auf Somalia darzustellen. Desweiteren bewertet er die Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia.

INFOS ÜBER DAS LAND

Somalia in den Grenzen von 1960 erstreckt sich über mehr als 600 000 km2 und hat 6 Millionen EinwohnerInnen, die fast ausnahmslos eine Sprache sprechen und überwiegend der sunnitisch-schafiitischen Glaubensrichtung angehören.
Wesentliches Merkmal der gesellschaftlichen Organisation ist eine ausgesprochene "Stammes"bezogenheit (sog. Tribalismus), so daß die Familienverbände, die "Stämme" und die Clans die alles bestimmenden Faktoren in der somalischen Gesellschaft und Politik sind.

An den sog. Clans sind auch die entscheidenden politischen Kräfte orientiert, die hier nicht alle aufgeführt werden sollen. Erwähnt seien nur die Somalische Nationale Front (SNF), deren Chef Siad Barre von 1969 bis 1991 mittels einer Diktatur das Land führte, der Vereinigte Somalische Kongreß (USC), dessen militärischer Chef General Mohamed Farah Aidid zum neuen Hauptfeind der USA stilisiert wird, und die Somalische Nationale Bewegung (SNM), die im Norden Somalias operiert und dort inzwischen das unabhängige Somaliland ausgerufen hat.

Die somalische Wirtschaft basiert stark auf Viehexport (früher Kamele, heute Rinder), der 75% des Exportvolumens ausmacht. Der Rest der jährlich im Wert von 85 Millionen US-Dollar exportierten Güter zur Tilgung der Auslandsschulden sind Rohstoffe, deren Preise am Weltmarkt bekanntlich rapide verfallen.
Somalia ist reich an leicht abbaubaren Bodenschätzen wie Gold, Silber, Nickel, Mangan und Uran. Somalia, so besagt eine im Auftrag der Weltbank erstellte Studie, ist eines der erdölreichsten Länder Afrikas und wird von privaten Investoren als zukünftiger Erdölproduzent als am interessantesten in Afrika eingeschätzt.

Die neuere Geschichte Somalias ist geprägt von den Kolonialmächten, aber auch von dem Widerstand der Somalis dagegen.
Somalia war wegen der reichen Bodenschätze und vor allem wegen seiner strategischen Lage begehrtes Ziel der Kolonialmächte. Deutschland, Italien, England und später die USA bemühten sich um die Herrschaft über das Land.



Um die Jahrhundertwende kämpfte eine revolutionäre islamische Bewegung gegen die britischen Besatzer und erst in den 20er Jahren galt Somalia teilweise als befriedet. Das Land war inzwischen aufgeteilt worden, die beiden größten Teile waren im Süden von Italien und im Norden (Somaliland) von Großbritannien besetzt.
1960 mündete der Kampf um Unabhängigkeit in dem Zusammenschluß des Nordens und des Südens zum unabhängigen Staat Somalia.
1969 übernahm der sozialistisch orientierte General Siad Barre die Macht und führte tiefgreifende Veränderungen hin zu einem sozialistischen Staat durch. Nach dem verlorenen Krieg gegen Äthiopien 1978 brachen jedoch die Widersprüche des Barre-Regimes offen auf, es entwickelte sich immer mehr zu einer brutalen Diktatur, die Hundertausenden das Leben kostete. Auch endeten die guten Beziehungen zur Sowjetunion, und das Barre-Regime orientierte sich hin zu den USA, die den neuen Verbündeten in einer strategisch für Afrika so wichtigen Lage begrüßten.
Ende der 80er Jahre verstärkten sich die Kämpfe der verschiedenen Befreiungsbewegungen gegen die Barre-Diktatur. Gleichzeitig verschärfte sich aufgrund der rigiden Auflagen von IWF und Weltbank, der Destabilisierungspolitik der USA und der Kriegspolitik des Siad Barre die Hungersnot, die in den Jahren 1991/92 ihren Höhepunkt erreichte.
Das Barre-Regime wurde nach schweren Kämpfen, von seiten der Regierungstruppen wurden Tausende massakriert, im Januar '91 gestürzt, der Diktator floh nach Kenia. Den unterschiedlichen Oppositionsbewegungen gelang es jedoch nicht, eine gemeinsame Regierungsplattform zu entwickeln. Stattdessen richteten sie im Kampf um die Macht die kriegerischen Auseinandersetzungen gegeneinander.

DIE INTERVENTION

Anfang Dezember 1992 landeten schließlich die ersten Interventionstruppen auf dem Flughafen von Mogadischu. Das größte Kontingent stellten und stellen die USA mit 28.000 Soldaten, aber auch Frankreich, Italien und Pakistan waren und sind mit je ca. 2000 Soldaten stark präsent.
Getarnt ist diese Aktion als humanitärer Einsatz zur Nahrungsmittelhilfe und zum Aufbau des Landes. Aber statt die finanziellen Mittel in wahre Hilfe zu stecken, zeigt vor allem die USA militärisch Präsenz und machten sich schnell daran, die bewaffneten Gruppen zu bekämpfen.
Somalische MitarbeiterInnen verschiedener Hilfsorganisationen kritisieren die Invasion und stellen fest, der Einsatz der Soldaten z.B. die Nahrungsmittelversorgung nicht erleichtere, sondern teilweise noch chaotischer mache.
Von Anfang an gab es bewaffnete Auseinandersetzungen, meistens griffen die Interventionssoldaten Somalis an, zahlreiche Menschen wurden ermordet. In den letzten Monaten spitzte sich die Situation zu, die Zwischenfälle häuften sich. Gleichzeitig kippte die Stimmung in der somalischen Bevölkerung. Anfangs standen nicht alle Somalis den UN-Truppen ablehnend gegenüber, sondern erhofften sich Hilfe von diesen. Inzwischen werden die Truppen jedoch vielfach als Besatzer begriffen, es gab Demonstrationen gegen die Intervention, die häufig von UN-Truppen angegriffen wurden.
Besonders auf die Milizen des USC von General Aidid, die sich der Entwaffnung durch UN-Soldaten entziehen und gegen die Besatzer-Truppen Widerstand leisten, haben es die US-Truppen inzwischen abgesehen.

HINTERGRÜNDE DER INTERVENTION

Die USA verfolgen in Somalia in erster Linie (militär-)strategische Interessen.
Grundsätzlich wurde und wird Somalia als das "Tor zu Afrika" betrachtet, dessen Beherrschung auch eine bessere Kontrolle über andere Entwicklungen in Afrika ermöglicht. Wer in Somalia Fuß gefaßt hat, kann leichter das Rote Meer und den Indischen Ozean und somit die strategischen Korridore dieser Region nach Asien, Afrika oder Europa kontrollieren.
Miltärische Stützpunkte erleichtern ein Eingreifen in ganz Ostafrika. Hier haben die USA verschieden Interessen:





- der kenianische Saatspräsident Arap Moi, gegen den eine starke Opposition kämpft, soll gestützt werden. Kenia ist am Rande eines Bürgerkrieges.
- Äthiopien soll befriedet werden. Vor allem die Entwicklung im an Somalia angrenzenden unabhängigen Eritrea mit sozialistischer Reorganisation beunruhigt die USA.
- auch der Zugriff auf den von einem Krieg zwischen der Bantubevölkeung im Süden und der arabischen Elite im Norden zerrütteten Sudan wird durch die Präsenz in Somalia erleichtert.

Weiter wollen die USA in Somalia verhindern, daß der islamische Fundamentalismus in Ostafrika weiter Fuß faßt.

Somalia ist strategisch unverzichtbar zum Schutz und zur Kontolle der arabischen Golfstaaten, in denen sich 60% der Erdölweltreserven befinden. Zum einen ist es möglich, von Somalia aus die Sicherung des Erdöltransportes aus der Golfregion zu gewährleisten, zum anderen können die USA von dort aus leichter mögliche Konflikte zwischen einzelnen Golfstaaten kontrollieren und grundsätzlich ihre Interessen in der Golfregion besser vertreten. Z.B wurde von einem im Roten Meer liegenden Flugzeugträger bei Angriffen gegen den Irak auf Bagdad Tomahawk-Marschflugkörper abgefeuert. Hierbei wäre eine feste Stationierung in Somalia von erheblichem Vorteil.

Eine weitere Motivation für die US-Intervention sind unmittelbar auf Somalia zielende wirtschaftliche Interessen.
US-amerikanische Ölmultis sind seit 1952 im Land präsent und haben noch von Barre das Recht zur exklusiven Ausbeutung der reichhaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen erhalten. Somit ist es also im erheblichen Interesse der USA, Somalia zu befrieden, damit die US-Firmen, die mittlerweile dreistellige Dollarmillionenbeträge in Somalia investiert haben, den Gewinn abschöpfen können.
Es scheint so, daß die USA nur darauf gewartet haben, Somalia zu besetzen, die von ihnen selbst mit verursachten angeblichen Gründe, die Hungersnot und der Bürgerkrieg, sind da ein willkommener Vorwand.

Die Intervention in Somalia ist ein Beispiel für die US-amerikanische Außenpolitik im Zeichen der Errichtung der "Neuen Weltordnung". Konflikte werden nicht mehr aufgrund ideologischer Gegensätze ausgetragen, sondern es geht den imperialistischen Großmächten, allen voran die USA, um die Sicherung von Einflußzonen und Rohstoffen vor allem im Trikont.

DEUTSCHLAND AUF DEM WEG ZUR IMPERIALISTISCHEN MILTÄRGROSSMACHT

Die Herrschenden des wiedervereinigten Großdeutschlands wollen da natürlich auch gerne mitspielen. Und so wird schon seit einiger Zeit der Auftritt Deutschlands auf der Bühne der imperialistischen Militärgroßmächte mit entsprechenden ideologischen Richtlinien vorbereitet.
Nach der Maxime "Schützen und Gestalten" (Verteidigungspolitische Richtlinien von 1992) soll die "Handlungsfähigkeit Deutschlands" wieder hergestellt werden, so Verteidigungsminister Rühe. Die neuen Richtlinien besagen, die Sicherung des freien Handels und des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen zu gewährleisten und Einfluß auf Entwicklungen und Konflikte in anderen Teilen der Welt mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln zu nehmen. "Sicherheit und Frieden in den Entwicklungsländern liegen im deutschen Interesse", so der Minister für Entwicklungspolitik, Carl-Dieter Spranger. Das heißt im Klartext, die Länder des Trikonts zu befrieden, jeglichen antiimperialistischen Widerstand dort zu unterdrücken, um die eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzten und eine reibungslose wirtschaftliche Ausbeutung zu gewährleisten.

Die Bundesrepublik, wirtschaftlich schon ein Riese, soll nun auch militärisch das Weltgeschehen mitbestimmen. Die Entwicklung dahin vollzieht sich Schritt für Schritt.



Ein entscheidender Schritt ist die Entsendung der 1640 Bundeswehrsoldaten nach Somalia unter dem Deckmäntelchen der humanitären Hilfe. Selbst wenn die deutschen Soldaten nicht aktiv ins Kriegsgeschehen eingreifen, und "nur" dort stationiert sind, ist so etwas wie ein erster Bann gebrochen, und die weiteren Schritte Deutschlands zur imperialistischen Militärgroßmacht können vollzogen werden. Noch sind es Einsätze, die als "humanitär" verkauft werden und in erster Linie die Interessen anderer imperialistischer Staaten unterstützen, bald aber schon sind aktive militärische Einsätze nach eigenen Interessen möglich.

Diese Umgestaltung vollzieht sich ohne nennenswerten Widerstand. Die ehemalige Friedensbewegung ist tot oder befürwortet inzwischen solche Einsätze wie in Somalia und Ex-Jugoslawien, und auch an den noch aktiven Teilen der Linken rauscht diese Entwicklung vorbei, ohne daß sie sie realisieren, geschweige denn, daß sie eingreifen.

ZECK



KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!

verhindern wir den Schulterschluß der Krawatten- und Stiefelnazis beim "Rudolf-Heß-Marsch" am 14./21. August

Am 17.8. 1993 ist der sechste Todestag des Hitler-Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Seit 1988 veranstalten die FaschistInnen einen "Rudolf-Heß-Gedächnismarsch". Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum "Wallfahrtsort" geworden. Der "Gedenkmarsch ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der FaschistInnen im europäischen Maßstab. Die Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit ihrer verschiedenen Flügel und treibt so einen festeren Zusammenhalt voran. Unmittelbar nach den letzten zwei Aufmärschen begannen die massiven Angriffe auf Flüchtlinge und andere Menschen, die Aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Denkens nicht in das Weltbild der FaschistInnen passen, in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß. Trotzdem wird immer noch von den HERRschenden und den Medien versucht, das Bild des "verwirrten Einzeltäters" aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig nutzt die internationale Rechte das Treffen zur Vernetzung und Koordination. Wie jedes Jahr werden auch dieses Jahr FaschistInnen aus Spanien, Frankreich, England, Skandinavien, Belgien, dem ehemaligen Ostblock, Übersee, ... erwartet. Aus diesen Gründen ist es ersichtlich, wie zwingend notwendig es gerade an diesem Tag ist, den FaschistInnen nicht die Straße zu überlassen und unsere Inhalte offensiv nach außen zu tragen.

6.8.93, 21.00 Uhr, SoliDisco im Turm, Bergiusstraße
7.8.93, 19.00 Uhr, Vorbereitungstreffen für Wunsiedel (HH), Rote Flora

Der Parmesankrieg geht weiter

Der Parmesankrieg geht weiter

Der folgende Text befaßt sich mit der Politik der RIM und versucht über diese Gruppe zu informieren, die innerhalb der radikalen Linken immer mehr von sich reden macht. Alles, was in Anführungssriche gesetzt ist, sind Zitate oder Begriffe, die die RIM verwendet Zum Teil verwende ich diese Begriffe auch so, das es mir selber komisch vorkommt, z.B. "imperialistische Metropolen" in Anführungsstriche zu setzen. Ich wollte jedoch nicht, wenn ich über die RIM und damit vor deren Hintergrund schreibe, ihre Begriffe unkritisch übernehmen und nach Belieben das auslassen, was meines Erachtens für die RIM spricht, d.h. wo noch auf einem Minimalkonsens Gemeinsamkeiten sind. Desweiteren finde ich, das an der Mittelstandsherkunft, die die RIM den Autonomen nachsagt was dran ist.

Aus Berlin kommen vornehmlich Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Leuten von der RIM.
So hat es zum Beispiel auf den revolutionären 1.Mai Demos seit '91 gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb der Demo gegeben , wobei es '93 soweit ging, daß viele Autonome die Bullen beklatschten, als diese die RIM aus der Demo herausprügelten.

Wer ist die RIM (in der BRD)?

Die RIM (Revolutionary International Movement) ist ein Zusammenschluß von ML-Gruppen des gesamten Planeten. Die bekanntesten unter ihnen sind der Sendero Luminoso aus Peru und die Revolutionary Communist Party (USA).
Insgesammt sind es 15-20 Parteien und Gruppen.
In der BRD beteiligen sich die "Sympatisanten der Revolutionären Kommunisten" an der RIM, die sich seit ca. 1991 nur noch Revolutionäre Kommunisten (RK) nennen.
Aktiv sind sie vor allem in Berlin und in norddeutschen Städten. Auch in Hamburg gibt es eine Gruppe.

Was will die RIM in der BRD?

Die RIM versucht inhaltlich Anschluß an die ML-Bewegung der 70'er Jahre zu finden. Sie propagieren den Volkskrieg der sich gegen die als "Aubeuter-Powers" bezeichneten Monopole und "Imperialistischen Metropolen" richtet.
Der Chef des PCP (Sendero Luminoso), Abimael Guzman, (von der RIM in "Großer Vorsitzender Gonzalo" umgetauft) kämpft diesen Kampf exemplarisch in Peru. Was in Peru geschieht, soll sich hier in Ghetto-Aufständen, wie den Rodney King Riots in L.A. und durch die Zusammenfassung von allem Widerständigen (gegen die "Ausbeuter-Powers") unter Leitung der RIM in der BRD nachvollziehen.
Selbst bezeichnet sich die RIM als maoistisch und teilt die Kritik Maos an Stalin ("Verfehlung in Bevölkerungspolitik und anderem mehr"), sie bezieht sich aber dennoch positiv auf ihn ("Genosse Stalin, der trotz schwerwiegender Fehler einen Teil des Erbes der Revolution bildet").

Die Erfahrungen mit der RIM (in Berlin)

In Berlin tritt die RIM oder genauer die RK auf Demo-Vorbereitungstreffen auf und versucht auf Kundgebungen und Veranstaltungen die Popularität ihrer Gruppe zu erhöhen.
An Absprachen, die sie mit anderen Gruppen getroffen haben oder die ihnen auferlegt worden sind, halten sie sich nicht (etwa, daß sie, wenn überhaupt nur am Ende einer Demo mitlaufen dürfen und das auch nur ohne eigenen Lautsprecherwagen, da niemand Lust auf ihren Stalin- und Mao-Kult hat.).
Bei den letzten Demos in Berlin tauchten sie dementsprechend mit eigenem Lautsprecherwagen auf, um so mehr Einfluß auf die Demo ausüben zu können
Egal ist ihnen dabei auch die Tatsache, daß die Lautsprecherwagen eine koordinierende Funktion für die Demo haben, damit diese u.a. auf Bullenangriffe schnellstmöglich reagieren kann.
Neben den Querelen in der Vorbereitung setzte sich die RIM regelmäßig über solche Absprachen hinweg und benutzte den Lautsprecherwagen zum Maofahnenschwingen und als Knüppeltransporter, die dann entladen werden, um sich vom zugewiesenen Platz am Ende bis in den vordersten Block vorzudrängen. Da wird dann auch militant gegen (bis dahin Mit-) demonstrantInnen vorgegangen, wenn sich diese ihnen in den Weg stellen (so geschehen am 1.5.'91 und '92).
Einen Höhepunkt in dieser Hinsicht stellt das



Verhalten der RIM am 8.3.'91 (int. Frauen-Tag) in Berlin dar. Auch hier gab es im Vorfeld Kontakte zur RIM. Die Bedingungen an die RIM waren: keine eigene Lautsprecheranlage, keine Typen auf oder an der Seite der Demo, und keine Mao/Stalin oder ähnliche Transparente, wegen Führerkult und weil das Männer sind. Auf der Demo waren ca. 1500 Frauen, RIM-Typen liefen außen mit. Es gab von Anfang an Diskussionen, daß die RIM ihren fGenerator ausschalten sollte. Die Analyse der RIM zum Patriarchat drückt sich in ihren Transpis aus: Entfesselt die Wut der Frauen als eine mächtige Kraft für die Revolution".
Da die RIM Argumenten nicht zugänglich war, wurde der Generator ausgemacht. Jetzt gingen RIM-Typen in die Demo, um das Ding zu reparieren. Es kam zu ersten Rangeleien. Später wurde das Transparent der RIM runtergeholt. Wieder gingen RIM-Typen in die Demo und es kam zu Handgreiflichkeiten. Die Bullen versuchten dann sofort, sich in die Demo reinzuprügeln. Zum Schutz der ausländischen (auch RIM-)Frauen wurden Ketten gebildet und die Bullen kamen nicht rein. Am Ende war das Transpi weg, aber der Generator lief weiter. Die RIM-Typen gingen bis zum Ende der Demo an der Seite mit.

Auch die RIM benennt ihre Feinde !

Die Autonomen seien als Mittelstandsschicht, d.h. Kinder reicher Eltern, daran interessiert die Privilegien zu schützen die ihnen der Imperialismus als Teil der Mittelschicht in den imperialistischen Ländern zugesteht. Die hauptsächliche Sorge der Autonomen sei es, diese Privilegien zu schützen. Desweiteren hätten die Autonomen schon lange vor dem "Ausbeuter-System" kapituliert. Sie würden deshalb besser "KapitulatorInnen" heißen, die sich als AntikommunistInnen an antikommunistischen Angriffen auf den Maoistischen Block beteiligen bzw. diese vorbereiten. Der RIM nach sind die Autonomen konterrevolutionär, sie arbeiten mit den Bullen Hand in Hand. Der Standpunkt der Autonomen (KapitulatorInnen) ist demzufolge: "Imperialismus kritisieren, Revolution bekämpfen" Der RIM nach, haben sich die "die KapitulatorInnen entschieden, ihr Los mit diesem sterbenden System zu teilen. Sie versuchen verzweifelt, das sinkende Schiff zu retten. Deswegen greifen sie die Revolution so gewalttäig an. Das ist auch der Grund warum sie unsere (die Autonomen die der RIM) Ideologie so fanatisch hassen.: Weil diese Ideologie einen radikalen Bruch mit den sozialen Verhältnissen bedeutet, die diesen Leuten ihr privilegiertes Leben sichert."
(Alles nachzulesen in der RIM Stellungnahme zur 1. Mai Demo 1992 in Berlin !)

Der Versuch mit der RIM eine inhaltliche oder organisatorische Absprache zu treffen ist nutzlos, da sie an einer Einheit der Linken, ihren Reden zum Trotz nicht interessiert sind. Vielmehr sollen alle Menschen die sich gegen die gegen die Verhältnisse hier wehren wollen der RIM unterordnen und diese als obersten Kopf der Hierachie, als Führergruppe oder schlicht als Avantgarde begreifen. Menschen die dies nicht wollen, müssen von der RIM nach deren Ideologie bekämpft werden bis das von der Linken nur noch die hierachisch gegliederte ML-Organisation übrig geblieben ist, die dann gegen die "Ausbeuter-Powers" ins Feld zieht. Die RIM ist so an ihrem konkreten Verhalten messbar, da es auch aus ihrer Ideologie erwächst.

Fazit:

Einen einheitlichen Umgang mit der RIM, so wie in Berlin gefordet, die RIM politisch vollständig zu isolieren wird in Hamburg kurzfristig nicht zu realisieren sein. Dies ist auch nicht nötig, da es die RIM in Hamburg zwar gibt, sie aber noch nicht großartig aufgefallen ist (außer Sprühaktionen), und sie lediglich ihre Flugblätter hier und da auslegen. Gemessen an den Auseinandersetzungen die in Berlin jedoch stattgefunden haben, muß auch mit der Möglichkeit umgegangen werden, daß die RIM in Hamburg bedeutender werden könnte. Dies auch vor dem Hintergrund, daß die Leute, die in Berlin für die Auseinandersetzungen verantwortlich sind u.a. aus Hamburg und anderen norddeutschen Städten angereist sind.

Bavaria Blu



AntifaschistInnen seit 2 Wochen in Untersuchungshaft!

Zwei Antifaschisten aus dem Rhein-Main-Gebiet seit dem 16.7.93 in Untersuchungshaft !

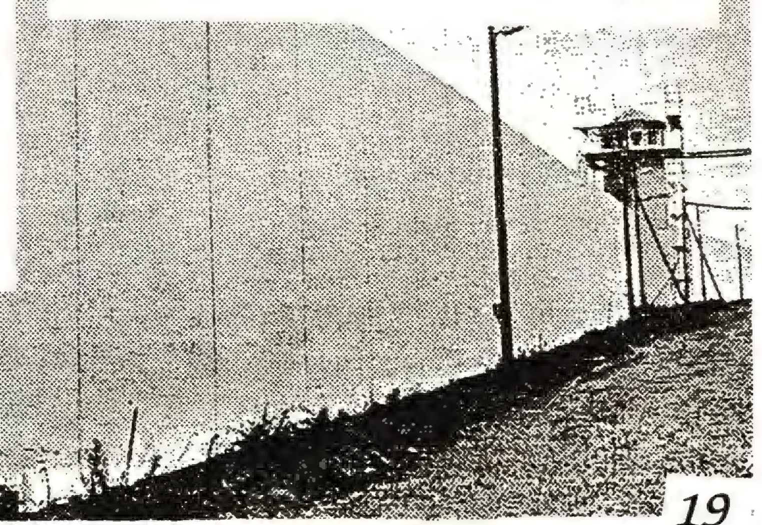
Am Freitag den 16.7.93 fand in Hungen-Inheiden (zwischen Frankfurt/M und Gießen) ein Antifa-Konzert, organisiert von der örtlichen antifaschistischen Jugend Hungen-Inheiden statt. Grund für diese Veranstaltung war der immer stärker werdende Druck und die Bedrohung von Menschen durch zum Teil organisierte Neonazis aus der Region. In den vergangenen Wochen kam es bereits mehrfach zu Übergriffen auf ausländische Menschen und ortsansässige Antifas. Mit dem Konzert wollten die VeranstalterInnen ein Zeichen setzen und vor allem die Jugendlichen aus der Umgebung ansprechen und informieren. Im Verlauf des ganzen Abends kam es mehrfach zu Provokationen durch faschistische Skinheads (Boneheads) die in unmittelbarer Nähe der Konzerthalle auftauchten. Diese wurden von Antifas entschlossen verjagt und aus der Umgebung der Halle vertrieben. Während des Konzerts versammelten sich in ca. 500 Meter Entfernung etwa 30 Personen, darunter etwa 15-20 der örtlichen Faschoszene zuzurechnende Menschen, auf einer Grillfeier. Von hier gingen die Provokationen aus.

Nach dem Ende des Konzerts, die meisten der BesucherInnen waren schon auf dem Heimweg, kam es unerwartet zu einem brutalen Einsatz von seiten der Bullen. Diese fuhren mit einem halben Dutzend Streifenwagen in die Menge vor der Halle und fingen an, umstehende Menschen wahllos festzunehmen, was aber zum Teil verhindert werden konnte. Dabei drohte der durchgeknallt wirkende Hundeführer der Bullen umherlaufende Hunde von KonzertbesucherInnen zu erschießen. Innerhalb dieses Durcheinanders machten die Bullen zwei Festnahmen. BesucherInnen, die gegen die Festnahmen protestierten, wurden von den Bullen mit gezogenen Knarren, Schlagstöcken und Reizgas angegriffen. In der sich entwickelten Auseinandersetzung konnten die Bullen mit Steinen und Flaschen verjagt werden, ohne allerdings die Festnahme endgültig verhindern zu können.

Die beiden sitzen seit dem späten Sonntagnachmittag in Gießen in Untersuchungshaft. Ihnen wurde unmittelbar nach der Festnahme und darüber hinaus die Kontaktaufnahme mit AnwältInnen verweigert. Bei dem für Sonntag angesetzten Haftprüfungstermin wurde ihnen ein Rechtsbeistand verweigert, genauer gesagt unmöglich gemacht. Die beiden Anwälte wurden von den Bullen über den Ort und die Zeit der Vorführung gezielt desinformiert und zum Teil über mehrere Stunden durch die Gegend geschickt. Bis heute ist den Anwälten der konkrete Anklagepunkt nicht bekannt gemacht worden. Einzig und allein stützt sich die Staatsanwaltschaft auf das von den Bullen zusammengelogene Konstrukt des Landfriedensbruchs.

Wir fordern die sofortige Freilassung der beiden Antifas und die Einstellung der Verfahren.

Stand: 26.7.93



"Das grösste Glück der Pferde sind ReiterInnen unter der Erde"

....

Am Samstag den 10.7.93 fand in Luhmühlen eine Demo gegen die "Deutsche Military Meisterschaft" statt. Geplant war eine Demo vom ReiterInnenkaff Luhmühlen bis zum Eingang des Veranstaltungsgeländes . Aufgrund eines Buttersäureanschlags von Autonomen TierschützerInnen auf die Tribünen und das Pressezentrum in der Nacht zum 30.6.93 , war bei den VeranstalterInnen und Schergen grosse Panik ausgebrochen. Die eigentliche Demoroute wurde verboten . Die Strecke wurde auf ca. 500 Meter verkürzt und die Kundgebung sollte auf einem abgemähten Feld neben der Strasse stattfinden . Desweiteren wurde die Auflage erteilt , neben der Strasse zu laufen , um den blutdürstenden GafferInnen eine " beschwerdefreie " Zufahrt zu ermöglichen . Die ca. 200 DemonstrantInnen setzten sich jedoch zielstrebig auf der Strasse in Richtung Kundgebungsort in Bewegung , was bei den 50 Schergen leichte Verwirrung auslöste . Am Kundgebungsort angekommen , entschloss sich die Demo spontan, doch lieber den Zufahrtsweg zum Gelände zu blockieren. Es wurden sofort Barrikaden gebaut . Nachdem sich die Verwirrung der Büttel gelegt hatte, versuchten sie Barris und Leute abzuräumen . Es kam zu längerandauernden Auseinandersetzungen um den Zufahrtsweg , in deren Verlauf eine Person von mehreren Polizisten zusammengeschlagen und einkassiert wurde. Da eine dauerhafte Räumung der Strasse von den Schergen nicht erreicht werden konnte, leiteten sie den Verkehr um.

Aufgrund kommunikativer Probleme innerhalb der Demo konnten sich die Leute auf kein gemeinsames , offensives Vorgehen einigen, so daß der Demozug nach Luhmühlen zurückkehrte. In Luhmühlen sollte so lange gewartet werden , bis der festgenommene Mensch wieder frei war . Er wurde , wie sich später herausstellte, 35 km weiter auf der Straße rausgesetzt

Da eine kleine Gruppe wohl von der Warterei genervt war , wollten sie erneut zum Gelände . Sie zogen einige Leute nach sich , so daß sich ca. 50 Leute zurückbewegten, und die Demo zersplitterte sich in mehrere Gruppen.

Wieder am Kundgebungsort angekommen, bekamen die Cops die Order "die Vermummten rauszugreifen" . Darauf drehten sie völlig durch und hetzten Hunde und PolizistInnen auf Pferden gegen TierrechtlerInnen und Presse. Ein Mensch mußte mit einer Wirbelsäulenverletzung ins Krankenhaus gebracht werden. Einer anderen wurde das Jochbein gebrochen. Sie wurde wie 7 andere Personen festgenommen . Die meisten wurden mitgenommen und ED - mißhandelt . Ihnen wird Landfriedensbruch, z.T. Sachbeschädigung , Körperverletzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen .



Da auf diese Menschen wohl langwierige Prozesse zukommen , wird dringend (!!!!) Geld für Rechtshilfe gebraucht !!!!!!

Spendet Geld , organisiert Vokü̈s und Konzerte .

Wir werden uns von diesen Repressalien nicht abhalten lassen, die TierquälerInnenmafia anzugreifen !!!.

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder , keine Frage !!!!!

Rechtshilfe Kto. :
Stichwort : Rechthilfe Luhmühlen
Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 500 502 01
NR. 296821



Marchstraße/Einsteinufer

von Bullen überfallen und durchsucht

Am 6.7.93 überfiel ein Großaufgebot von 650 Bullen die seit vier Jahren besetzten Häuser Marchstr.23 und Einsteinufer 41 in Berlin - Charlottenburg. Die beiden Häuser sind die einzigen noch besetzten Häuser in (ehemals) Westberlin. Die Straßen um den Block wurden abgeriegelt und der Verkehr umgeleitet. die Presse war am Vorabend informiert worden und so stürmten medienwirksam SEK-Bullen mit Stahlhelmen und kugelsicheren Westen die Häuser. Während der über drei Stunden andauernden Durchsuchung wurde rumgeschnüffelt. Einrichtungsgegenstäde zerstört. Leute verhört. Personalien festgestellt und fünf Leute unter dem Vorwand festgenommen. daß ihre Aufenthaltsberechtigung nicht geklärt sei. Einer davon ist immer noch in Haft. ihm droht Abschiebung. Seit vier Jahren versucht der Besitzer (Henning von Harlessem & Co GmbH) die Häuser zu räumen. Die Zivilklagen (Berufungstermin: 16.9.93. Landgericht Berlin) gegen die Bewohner verlor der Eigentümer. da nicht bekannt war. wer in welcher Wohnung in welchem Zimmer wohnt. Es gibt keine Klingeln. keine Briefkästen. keine Namen. Um Namen herauszubekommen. wurde jetzt dieser Überfall inszeniert: Für die Interessen der Spekulanten sind Senat. Bullen und Justiz bereit. alles zu tun.

Sofortige Freilassung des Verhafteten!

Keine Räumung-

Marchstraße/Einsteinufer bleibt!

Volxsport -Dokumentation-

RARA(Revolutionaire Anti Racistische Actie) -Anschlag in Den Haag

In der Nacht vom 30.6. auf den 1.7. wurde im 3.Stock des Ministeriums für Arbeit und Soziales in Den Haag eine Zeitbombe gezündet. Ziel der Aktion war die Dienstinspektion für Arbeitserlaubnis (DIA). Die DIA führt in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei Razzien in Betrieben auf der Suche nach illegal Beschäftigten durch. Die DIA ist ein Instrument der rassistischen Verfolgung und Ausgrenzung von MigrantInnen. (aus:NN 140. Amsterdam)

Anschlag auf Haus des DL-Mitgliedes Ingo Stawitz.

Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung:
Wir. die autonome Zelle 'sadri Berisha' haben in der Nacht vom 21.6.93 zum 22.6.93 den ehemaligen DVU-Fraktionschef (Ingo Stawitz) und jetziges DL-Mitglied in Uetersen in der Eichholzstr.10 besucht. Wir hatten sein Haus mit Farbflaschen angegriffen und eine Parole gesprüht. Außerdem wurden 3 Reifen seines PKWs plattgestochen.
Leider ist uns das Nazischwein nicht selbst in die Arme gelaufen. aber was nicht ist. kann ja noch werden. Wir werden jetzt eine große Kampagne gegen führende Nazikader starten die ihnen sicherlich stark schaden wird.
Kein vergeben und vergessen den Toten der Nazimorde!!!
Antifaschistischer Widerstand heißt Angriff!!!

Zu dem Namen 'Sadri Berisha' ist zu sagen: Sadri berisha wurde am 8.7.92 in Kemnat-Ostfildern(bei Stuttgart) von sieben Naziskinheads in einem Bauarbeiter-Wohnheim erschlagen. Er war Kosovo-Albaner.

Ran an den Speck

Ende Juli trat die Abbruchbewilligung für das seit zwei Jahren besetzte Wohlgroth in Zürich (Autonome Kultur. Begegnungs. Aktions ... Groth) in Kraft.
Statt mit weiteren Einsprachen den letztlich politischen Entscheid über Abbruch oder Nichtabbruch weiter hinauszuzögern, beschlossen die BesetzerInnen, mit Aktionswochen das Thema auf den Punkt zu bringen. Einmal mehr wird es sich zeigen, ob die Rosaroten die Spekulanten (in diesem Fall die Rüstungsfirma Bührle) mit martialischen Mitteln unterstützen werden. oder... - doch ob die Phantasie so weit reicht???

Kein Abbruch des Wolgroth in Zürich
Überhaupt kein Abbruch

(aus: Megafon Nr.140, Juli 93, Bern)













SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht und Wochenend
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo Fr 9 18.30 Uhr
Sa 10 14 Uhr





ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS GMBH

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN.......

53 Betten in Ein-, Zwei- und Vier-Bett Zimmern

Behindertengerechte Duschen und Toiletten

Gruppenraum von 30 qm.

Restaurant / Cafe im Erdgeschoß

Frühstücksbuffet

Bartelsstr. 12 2000 Hamburg 36
Tel. 040/ 4398411







Wir drucken im Siebdruck ab einer Auflage von 5 Stck. Eure Motive schnell, günstig und bunt auf erstklassige T-Shirts, Sweat-Shirts und Stoffe aller Art.

Tel.: 390 67 46



Hamburger Mieterverein e.V.

Miethaie zu Fischstäbchen!

Beratungsstellen in:
Barmbek, Eimsbüttel, Ottensen
Schanzenviertel, St. Georg

4 39 55 05, 4 39 15 05

2000 Hamburg 36 · Bartelsstraße 30



Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

ZECK — Das Info aus der Flora
Nummer 17, August 1993

STÄNDIGE TERMINE

IN DER FLORA:

Mo 16.-19.00 Archiv der sozialen Bewegungen. Foto-Archiv-Kollektiv
17.-20.00 Motorradgruppe
19.00 Vokü
Di 16.-18.00 Veranstaltungsgruppen-Sprechstunde
20.00 Radio St. Paula (Plenum. nur für Frauen)
Mi 16.-20.00 Häusercafe
16.-19.00 Archiv der sozialen Bewegungen. Foto-Archiv-Kollektiv
21.00 jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do 16.-21.00 Info-Cafe zur Roten Flora
19.00 Vokü
17.-19.00 Offset-Druckgruppe
Fr 19.00 Vokü
Sa 16.-19.00 Fahrradselbsthilfe
So 19.00 14-tägig: vegane Vokü

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5 B-Movie: Brigittenstraße 5. 20359 HH
Cafe und Buch. Marktstraße 114. 20357 HH
EA: 4305892. Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10. 20357 HH. Tel.:4302590
Haus 3: Hospitalstr. 107. 22767 HH
Haus für alle: Amandastr. 58. 20357 HH
Jäpa: Wohlwillstr. 22. Hinterhof. 20359 HH
Klausstraße: Klausstr. 12-16. 22765 HH
KSK: Kleiner Schäferkamp 46. 20357 HH
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27. 20357 HH. Tel.: 4301396
Rote Flora: Schulterblatt 71. 20357 HH. Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46. 20357 HH. Tel.: 446095
Störtebeker: Bernhardt Nocht Str., 20359 HH
Tante Hermine. Hafen Vokü. Ahoi: Hafenstraße
Turm. Bergiusstr. 12, 22765 HH
Volkshaus der Türkei. Neuer Kamp 31, 20359 HH

VOKÜPLAN

Mo: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegan)
Di: 19.30 Hafen
20.00 B 5 (vegetarisch, 14-tägig)
Mi: 19.30 Hafen
20.00 Klausstr. (vegetarisch)
Do: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Turm (vegetarisch)
So: 19.00 Flora (vegan, 14-tägig)
19.30 KSK (vegan, 14-tägig)

DIENSTLEISTUNGEN:

LIZ: Di: Kneipe und Cafe, 19-24.00
B 5: Mi: Hörbar
Fr: Kneipe
Döse: Sa: Kneipe

Rote Flora im August:

7.8. Hamburgweites Wunsiedel-Vorbereitungstreffen. 19.00
18.8. Hunger & Zack Ahoi. Kellerkonzert 21.00
Hunger aus Pennsylvania machen verschrobenen, schrägen Hardcore. Mit dabei ist der Rorschach-Gitarrist (wen es interessiert). Drei aus der Band haben vor, in Europa zu bleiben, also keine Amiband in dem Sinne. Zack Ahoi kommen aus Flensburg und machen Punk/HC mit deutschen Texten

Weitere Termine im August:

6.8. Solidisco für die Wunsiedel-Demovorbereitung. Turm. 21.00
7.8. Rock gegen Rassismus. Open Air Konzert auf der Waldbühne am Lohbrügger Wasserturm. Richard Linde Weg 21f. Hamburg Bergedorf. Beginn um 15.00 mit: Paradocs (Lüneburg). Angelina Akpovo (Tanz und Perkussion aus Westafrika). Ray Ashby (Folk und Blues. USA). Big Tom (Blues. HH). Crunchy Frogs (Rock und Pop). Balzout (Funk und Jazz)
13.-15.8. "Rotzlöffel-Festival gegen Gewalt und Fremdenhass"
Fr: ab 15.30 Konzert mit Tiny Giants. ACME. Rotten Sunday. Operation Mindfuck
Sa: ab 15.30 Konzert mit Soulcraft. Mutant Healing Factor. Di Iries. anschl. Dancefloorparty
So: Skatecontest. (Skatepark Eckernförde)
28.8. Belvedere Open Air 1993 ab 14.00 mit: Post Regiment (Warszava). ABC Diabolo (Saarbrücken). Nuffty (Potsdam). Oi Polloi (Edinburgh). Contropotere (Napoli). Belvedere. Potsdam. Pfingstberg.

B-Movie im August

Freilichtkino im August-Lüdgens-Park beim Haus 3. Beginn ca. 22.00:
7.8. Der Willi-Busch-Report
14.8. Kleine Fluchten
21.8. Herrenpartie
28.8. Schattenboxer

Freies Radio auf 96,0 MH:

9.8. FSK: Diskussion mit dem Wohlfahrtssausschuß über 'den Wanderzirkus durchs Reichsbahngebiet', 22.00
11.8. Loretta: Musik und Politik in der GUS. 22.00
16.8. Loretta: Gespräch mit Vic Bondi (Alloy), Teil 1, 22.00
18.8. Loretta: Vic Bondi. Teil 2, 22.00
21.8. Loretta: Buchvorstellung: Neue Soundtracks für den Volksempfänger. Nazirock, Jugendkultur und rechter Mainstream (Edition ID-Archiv), Teil 1, 21.00
25.8. Loretta: Buchvorstellung, Teil 2, 22.00

hate songs in e minor



Stadtteilfest

Letzte Aufforderung!

Wie in den letzten Jahren hat sich auch dieses Jahr eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Organisationen zusammengefunden, um wieder ein Strassenfest im Schanzenviertel zu organisieren.
Diesmal steht es unter dem Motto:

Für ein antirassistisches und antisexistisches Miteinander.

Dieses Motto soll auch in Aktionen und Beiträgen umgesetzt werde. Es soll also nicht ein ganz übliches Strassenfest mit Essensständen, Flohmarkt Musik etc. werden, sondern das Motto soll überall erkennbar sein.
Vorschläge für Aktionen sind auch schon vorhanden: so könnten alle TeilnehmerInnen des Festes sich mit der Situation von Flüchtlingen vertraut machen und zu Beginn die Schikanen einer Flucht in BRD selber erleben, z.B. durch Ausfüllen eines Asylantrages, Essensmarkenausgabe, Streß mit der Polizei und Gerichten und vielem mehr. Ein weiterer Vorschlag ist, Menschen für eine mögliche Flucht in die BRD zu trainieren, das heißt ihnen fliegen und lange schwimmen beizubringen.Der Phantasie sind also (noch) keine Grenzen gesetzt.
Zusätzlich zu solchen Aktionen sollen natürlich die üblichen Strassenfestaktivitäten auch stattfinden.

Für all diese Aktivitäten und Ideen brauchen wir aber noch Menschen, die sie helfen umzusetzen, bisher sind wir so wenig, daß die Gefahr besteht, daß das Fest ausfällt. Vor allem die im Stadtteil noch arbeitenden Gruppen sind aufgefordert, zum Organisationstreffen am 10.8.1993 um 20 Uhr in die Rote Flora zu kommen.

Stadtteilfest 1993

Stadtteilfest

Stadtteilfest